

17.12.98

In

Vorlage

an den Bundesrat

**Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Stiftungsrates
der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge**

Otto Schily

Bundesminister des Innern

Bonn, den 10. Dezember 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates und
Ministerpräsident des Landes Hessen
Herrn Hans Eichel

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Bundesrat hat in seiner 725. Sitzung am 8. Mai 1998 beschlossen, gemäß § 20 Abs. 1 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) für den Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge für die Amtszeit vom 1. Mai 1998 bis 30. April 2002 u.a. als stellvertretendes Mitglied Herrn Regierungsdirektor Peter Siefken – Niedersächsisches Innenministerium – vorzuschlagen (BR-Drs. 96/98 [Beschluß]).

Ich habe daraufhin Herrn Siefken mit Schreiben vom 8. September 1998 für die Amtszeit vom 1. Mai 1998 bis zum 30. April 2002 gemäß § 20 Abs. 1 des HHG als stellvertretendes Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge benannt.

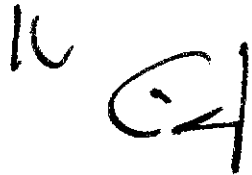
Gemäß Schreiben des Niedersächsischen Innenministeriums vom 18. November 1998 steht Herr Siefken für die Funktion im Stiftungsrat nun nicht mehr zur Verfügung.

...

Ich wäre Ihnen daher für einen Vorschlag dankbar, wen ich für die laufende Amtszeit bis 30. April 2002 als stellvertretendes Mitglied des Stiftungsrates an Stelle von Herrn Siefken benennen soll.

Nach § 20 Abs. 3 Satz 3 HHG ist eine wiederholte Berufung zulässig.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature consisting of a stylized 'K' followed by a circular mark and a vertical line.

05.02.99

Beschluß
des Bundesrates

Benennung stellvertretender Mitglieder des Stiftungsrates der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Der Bundesrat hat in seiner 734. Sitzung am 5. Februar 1999 beschlossen, gemäß § 20 Abs. 1 HHG für den Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge für die Amtszeit bis 30. April 2002 folgende stellvertretende Mitglieder vorzuschlagen:

Ministerialrat Thomas Ammermann

Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg
Potsdam

und

Ministerialrat Wolfgang Schellen
Ministerium für Inneres und Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf